Unter der Woche
Jürgen Busche

Der Heilige Nikolaus kommt dieses Jahr am Freitag

Der Heilige Nikolaus kommt in diesem Jahr an einem Freitag. Und er kommt, das allerdings seit Langem schon, allein. Den Knecht Ruprecht gibt es nicht mehr, die Kinder müssen Schläge von seiner Rute nicht mehr fürchten. Einst war das der Höhepunkt jedes Nikolausfestes. Auch die Aufschreibebücher, das goldene und das schwarze, gibt es nicht mehr. Daraus wurde den Kindern vorgelesen, was sie im zu Ende gehenden Jahr gut gemacht hatten oder schlecht. Auch das gehört nicht mehr zum Instrumentarium unserer Pädagogik. Das ist schade.

Fragen wir doch einmal, was gehört eigentlich gesellschaftlich für das nun zu Ende gehende Jahr in das goldene und was in das schwarze Buch hinein. Beginnen wir mit dem schwarzen: Dahinein gehört die Justiz. Seit Anfang 2013 brachte sie spektakuläre Verfahren in Gang, die bis heute nicht beendet sind. Der frühere Bundespräsident Christian Wulff trat zurück, was richtig war. Der Vorwurf, erst der Bestechlichkeit, kam als Anklage wegen Vorteilsnahme vor Gericht. Darüber verging viel Zeit. Jetzt geht es um etwas mehr als 700 Euro. Und dafür hat der Richter 22 Verhandlungstage angesetzt.

Die frühere Bildungsministerin Annette Schavan trat zurück, weil die Universität in Düsseldorf ihr wegen Plagiatsvorwürfen den Doktortitel entzog. Dagegen klagte sie vor Gericht. Auch dieses Gericht lässt sich Zeit. Die Sache hat die Universität gründlich ausgebreitet. Kein Mensch weiß, wozu und warum. Uli Hoeneß, der Präsident des FC Bayern, zeigte sich Anfang 2013 selbst als Steuerhinterzieher an. Die Selbstanzeige war unvollständig, deshalb ermittelte die Staatsanwaltschaft. Bis zur Anklageerhebung dauerte es mehr als ein halbes Jahr. Jetzt soll im Februar 2014 verhandelt werden. Würde Hoeneß nicht von mächtigen Wirtschaftsführern und treuen Fußballfans geschützt, wäre er bei solchen Fristen persönlich längst erledigt. Keiner von den dreien durfte seither als unbescholten gelten. Indes, wie lang darf einer gescholten und die Klärung der Scheltensgründe hinausgeschoben werden? Ein Fall für das schwarze Buch!

Aber es gibt auch etwas für das goldene. Nicht der Ausgang der Bundestagswahl. Die interessiert den Heiligen Nikolaus kaum. Auch nicht die Fahrt Christian Ströbeles zu Edward Snowden nach Moskau. Da ist ohnehin Väterchen Frost zuständig. Aber die deutschen Bierbrauer! Die haben bei den Vereinten Nationen in New York beantragt, unser Bier zum Weltkulturerbe zu erklären. Wegen des Reinheitsgebots aus dem Jahr 1522. Das interessiert den Heiligen Nikolaus, wenn er schließlich den Bart abgenommen hat.

FOTO: SVEN SIMON/IMAGO

Helmut Schmidt ist dagegen kein Vergleich

Wieder nötig

100 Jahre Willy Brandt hat sich gern mit den Mächtigen aus der Wirtschaft angelegt. Eine persönliche Erinnerung

■ **Albrecht Müller**

Mit Willy Brandt konnte man Pferde stehlen. Im übertragenen Sinne natürlich. Stellen Sie sich vor, Sie sind ein führender Politiker oder eine führende Politikerin und erfahren vor einer wichtigen Wahl, dass die Kapitalkräftigen des Landes gegen Sie eine Riesenkampagne planen, noch dazu aufgeteilt auf verschiedene Briefkasteninitiativen und anonym und mit bösartigen persönlichen Angriffen. Ich habe Politiker erlebt, die sich mit den Mächtigen aus der Wirtschaft partout nicht anlegen wollten. Willy Brandt reagierte ganz anders, als im Frühsommer des Jahres 1972 und gut vier Monate vor der entscheidenden Wahl ruchbar wurde, dass CDU und CSU von mächtigen Wirtschaftsgruppen und Medienkonzernen unterstützt werden und diese Unterstützung über anonyme Absender gesteuert werden sollte.

Im Wahlkampf griffen knapp 50 anonyme Gruppen mit weit über 100 Werbeanzeigen in die Wahlauseinandersetzung ein. Nach damaligen Berechnungen kostete diese Intervention mindestens 34 Millionen DM. Diese Millionen kamen auf die Etats der CDU und der CSU obendrauf; vor allem erledigten sie mit übelsten Verleumdungen die Drecksarbeit für die Union. Am Ende hatten die Union und ihre Hilfstruppen viermal so viele Anzeigen geschaltet wie die SPD. Dabei muss man wissen, dass Anzeigen damals noch das Hauptwerbemittel in Wahlkämpfen waren.

Fast hoffnungslos verloren

Willy Brandt und die SPD wären hoffnungslos verloren gewesen, wenn Willy Brandt nicht dem Vorschlag gefolgt wäre, diese Kampagnen ans Licht zu holen, sie zu einem großen Thema und damit zugleich unschädlich zu machen. Die baden-württembergische SPD war schon zuvor, also im April 1972, einem Testversuch des Großen Geldes ausgesetzt. Sie hat sich nicht gewehrt und verloren.

Am 8. Juli 1972 habe ich Willy Brandt davon unterrichtet, dass wir eine ähnliche Kampagne noch schlimmeren Ausmaßes vor der Bundestagswahl erwarteten. Ich war damals verantwortlich für seinen Wahlkampf und riet ihm, sich das nicht gefallen zu lassen und stattdessen zu kontern. Der allenthalben als Zauderer und Willy Wolke abgewatschte Willy Brandt brauchte ein paar Sekunden, um den Vorschlag positiv zu bescheiden.

Er hat dann in seinen öffentlichen Äußerungen immer wieder von der Intervention des Großen Geldes gesprochen und seine Zuhörer aufgefordert, sich gegen diesen Bruch der demokratischen Regeln zu wehren. Die SPD hat das Thema in nahezu jeder dritten Tageszeitungsanzeige aufgegriffen und dort beispielsweise festgestellt: „Anonyme Millionen fließen für Barzel: Was hat er dafür versprochen?“ Ein eigenes Flugblatt zum „100-Millionen-Ding“ wurde verteilt, mit einer Auflage von mehr als fünf Millionen. Der Klassenkampf von oben war endgültig gekontert, als Willy Brandt in der Elefantenrunde der Parteivorsitzenden im Fernsehen vier Tage vor der Wahl darauf verweisen konnte, dass „heute in der *Bild*-Zeitung allein acht Anzeigen“ dieser anonymen Absender standen. Damit war klar: Willy Brandts Entscheidung, sich zu wehren, hatte die Wirkung der Kampagne umgekehrt, wie beim guten Judokampf.

Später musste ich mir dann von anderen Führungspersonen der SPD anhören, ich hätte mit dem Rat an Willy Brandt und mit der dann darauf aufbauenden Gegenkampagne das Verhältnis der SPD zur Wirtschaft beschädigt. Dieser Vorwurf war in vieler Hinsicht abstrus. Die SPD hätte gar nicht gewonnen, wenn sie vor den kapitalkräftigen Rechtskonservativen gekuscht hätte. Sie hätte damals schon den Respekt vieler Bürgerinnen und Bürger verloren, die sich nicht mehr vertreten fühlen, wenn auch die SPD den Mächtigen zu gefallen sucht. Volksnah ausgedrückt könnte man auch sagen: Wenn sie dahin kriecht, wo es besonders warm ist – so wie der jetzige Fraktionsvorsitzende Frank Walter Steinmeier mit seiner Rede vor dem Arbeitgeberverband BDA, sinnigerweise auch am 19. November, dem Tag der Wahl von 1972.

Mit der Gegenwehr der damaligen Brandt-SPD haben gerade jene Menschen in unserem Land, denen es schlecht ging und die sich nicht mehr politisch vertreten sahen, zu hoffen begonnen, dass auch sie wieder in den politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Sie haben gemerkt, dass die SPD ihre Partei sein könnte und sie sind wählen gegangen. 91,1 Prozent der Wahlberechtigten, das ist mehr als je zuvor und je danach.

Die Fürsorge für jene Menschen, denen es nicht so gut geht, hatte damals Konsequenzen: Zum Beispiel Vorsorgeuntersuchungen für alle, Zugang der Arbeiterkinder zu den weiterführenden Schulen und Hochschulen, oder auch Hilfen für die Menschen jenseits der Stammwählerschaft, wenn dort Not herrschte. Typisch dafür war die Öffnung der Krankenkassen für die Familien von Landwirten. In der Region, in der ich aufwuchs, einem ländlichen Raum mit Kleinbauern, war vorher der Arztbesuch, selbst wenn Frau und Kinder richtig krank wurden, oft wegen der leeren Familienkasse verzögert worden. Seit dem Wirken von Willy Brandt und seinem Landwirtschaftsminister Josef Ertls nicht mehr.

Der Ethos von Willy Brandt ist in der SPD verloren gegangen

Die Geschichtsschreibung nimmt übrigens von der Kampagne des Großen Geldes kaum Notiz. Offenbar ist es ihnen peinlich, was ihre Geistesverwandten in finanzstarken rechtskonservativen Kreisen inszeniert haben. Davon in den Geschichtsbüchern zu berichten wäre aber nötig, damit man für heute lernt. Zum Beispiel, dass es unter der Würde von vermeintlich linken Politikern ist, für Spekulanten einen Finanzplatz Deutschland zu schaffen, dafür zu deregulieren, die Gewinne beim Verkauf von Aktienpaketen von der Steuer zu befreien; in der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition von 2005 zu erklären, die Finanzaufsicht solle nicht so genau hinschauen; die Steuern der gut Verdienenden und Vermögenden zu senken und der Mehrheit der Normalverdiener und Rentnern die Hauptlast zur Finanzierung des Gemeinwesens aufzubürden.

Heute ein Vorbild

Man hätte lernen können, dass es nicht angebracht ist, den Finanzjongleuren die Wettschulden mit Steuergeldern zu bezahlen, wenn sie sich verkalkuliert haben – mit einem Bankenrettungsschirm von 480 Milliarden Euro. In den vergangenen 15 Jahren ist von Sozialdemokraten, von Gerhard Schröder, Hans Eichel und Peer Steinbrück, von Franz Müntefering, Walter Riester und Frank-Walter Steinmeier eine Finanz- und Gesellschaftspolitik betrieben worden, die mit dem Ethos eines Willy Brandt nichts gemein hat. Er steht in Überlebensgröße im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Man sollte ihm jedoch wenigstens symbolisch die Augen verbinden, damit er diesen Niedergang nicht mit anschauen muss.

Wir hätten den Typus Willy Brandt heute dringend nötig. Was wir zunächst einmal bräuchten, wäre eine faire und gerechtere Geschichtsschreibung, ohne üble Nachrede, ohne Klischees vom Zauderer, vom depressiven alten Herrn, vom angeblichen Teilkanzler, der sich nur für Ostpolitik interessiert habe. Ich kläre über diese verfälschende Geschichtsschreibung auf, nicht aus Lust an der Vergangenheit, sondern weil ich Lust darauf habe, dass wir von diesem großartigen Politiker aktuell lernen.

Albrecht Müller war 1972 verantwortlich für den Wahlkampf von Willy Brandt, dann Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt. Zuletzt erschien *Brandt aktuell. Treibjagd auf einen Hoffnungsträger* im Westend Verlag

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

Andreas Wehr

Der europäische Traum und die Wirklichkeit
Über Habermas, Rifkin, Cohn-Bendit, Beck und die anderen

155 Seiten, € 12,90
978-3-89438-526-2

»Europa« als machtpolitische Antwort auf den Aufstieg der sich entwickelnden »Dritten Welt« – dies ist die Botschaft namhafter Intellektueller. Dabei werden über die Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität soziale und demokratische Rechte leichtfertig zur Disposition gestellt.

Frech, pfiffig, selbstbewusst

Florence Hervé / Melanie Stitz (Hg.)

Wir Frauen 2014 Taschenkalender

256 Seiten, € 9,95
978-3-89438-505-7

Übersichtliches Kalendarium, viel Platz für eigene Eintragungen, praktischer Kunststoffeinband und Lesebändchen. Jede Menge Fotos, Gedichte und Prosatexte sowie Büchertipps, Adressen und Links. Dazu Informatives und Spannendes aus Gegenwart und Geschichte, Politik, Kunst und Kultur.

Tel. (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de